

Amt der o.ö. Landesregierung

Verf(Präs) - 300101/68 - Li

Linz, am 16. November 1987

DVR.0069264

Drittes Abgabenänderungsgesetz
1987 - 3. AbgÄG 1987;
Regierungsvorlage - Stellungnahme

DRAFT GESETZENTWURF	
Zl.	68 - GE 0 87
Datum:	19. NOV. 1987
Verteilt:	30. NOV. 1987

St. Portner

An den

Klub der Sozialistischen Abgeordneten
und Bundesräte

Parlamentsklub der Österreichischen
Volkspartei

Klub der Freiheitlichen Partei Österreichs

Dr. Karl Renner-Ring 3
1017 Wien

Das Amt der o.ö. Landesregierung hat im Rahmen des Begutachtungsverfahrens zu dem vom Bundesministerium für Finanzen ausgearbeiteten Entwurf eines Dritten Abgabenänderungsgesetzes 1987 gewichtige Einwände und Bedenken aufgezeigt.

Da sehr wesentliche dieser Einwände in der Regierungsvorlage nicht berücksichtigt sind, werden sie neuerlich mit dem dringenden Ersuchen vorgebracht, sie in die parlamentarische Beratung über die genannte Regierungsvorlage miteinzubeziehen:

1. Durch gegenständlichen Gesetzentwurf erwachsen durch den in Aussicht genommenen Wegfall steuerlicher Begünstigungen den Elektrizitätsversorgungsunternehmen nach einer Berechnung des Verbandes der Elektrizitätswerke Österreichs voraussichtliche Mehrbelastungen in Höhe von rund 5,6 Mrd.S. Dadurch sind negative Auswirkungen auf die Ertragslage der im Eigentum der Länder stehenden Elektrizitätsversorgungsunternehmen und somit in der Folge auf die

- 2 -

Privatisierungsbestrebungen der einzelnen Länder in diesem Bereich (durch negative Auswirkungen auf die Kursbildung und die Bewertung des jeweiligen Bezugsrechtes) zu erwarten.

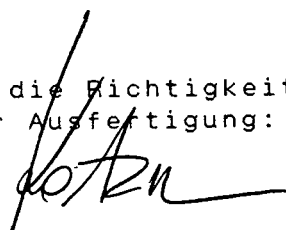
2. Der Entfall des § 22 Abs. 4 Körperschaftsteuergesetz 1966 widerspricht der ständigen Länderforderung nach Einführung des halben Körperschaftsteuersatzes auch für die Landes-Hypothekenbanken, der nach § 22 Abs. 2 Körperschaftsteuergesetz 1966 den Kreditgenossenschaften weiterhin zusteht.
3. In diesem Zusammenhang darf auch auf den Beschluß der Landesfinanzreferentenkonferenz vom 2.6.1987, der von der Landeshauptmännerkonferenz am 4.6.1987 unterstützt wurde, hingewiesen werden, wonach die Konsolidierungsbemühungen der Bundesregierung unter keinen Umständen zu Lasten der Länder und Gemeinden vorgenommen werden sollten.

Für die o.ö. Landesregierung:

H ö r t e n h u b e r

Landesamtsdirektor

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'K. A. N.', written over a diagonal line.